

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

28. September 2014

CDU-Juristen fordern Schutz für Internetnutzer

Die Fälle von Computer- und Internetkriminalität steigen weiter an. Das am 27. August 2014 veröffentlichte „Lagebild Cybercrime“ des Bundeskriminalamtes (BKA) beschreibt einen deutlichen Anstieg bei der Computer-Sabotage und der Erpressung von Internetnutzern. Auch das sog. Phishing erlebt mit immer raffinierteren Methoden ein Comeback. Die Bedrohung von Eigentum und Vermögen der Bürger und der Unternehmen hat spürbar zugenommen. Damit das Internet kein strafverfolgungsfreier Raum ist, brauchen die Strafverfolgungsbehörden geeignete rechtliche Grundlagen und zeitgemäße Instrumente, um den Cyberkriminellen wirksam entgegenzutreten, so BKA-Präsident Jörg Ziercke.

Die von der Bundesregierung verabschiedete digitale Agenda enthält keine strafrechtlichen Maßnahmen. Und nach Ansicht von Bundesjustizminister Maas sind die „Internetanbieter in der Pflicht, alles zum Schutz der Passwortdaten und persönlicher Daten ihrer Kunden zu tun.“ (Die Welt vom 7. August 2014). Dafür widmet er sich mit Hingabe populistischen Änderungen der Strafzumessung und der Tötungsdelikte. Die Ergebnisse der Rechtsprechung zeigen aber, dass die Strafverfolgung in diesen Bereichen funktioniert.

Der LACDJ fordert Justizminister Maas daher auf, dort tätig zu werden, wo es zum Schutz der Bürger erforderlich ist. „Die Polizeireform in Baden-Württemberg und die Untätigkeit des Bundesjustizministers legen den Verdacht nahe, dass die SPD kein Gespür für die innere Sicherheit hat“, so der LACDJ-Vorsitzende Dr. Alexander Ganter.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.